



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/56 - 3. März 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0 880 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Die "Starnsturde" des Franz Josef Strauss</u> Wilshofen	33
2 - 3	<u>Mauer und Menschenrechte</u> Internationale Juristenkommission zu Berlin Von Bruno Küster, Genf	60
4	<u>Schleswig-Holstein wählt seine Kommunalparlamente</u> Wer macht das Rennen ? - Fünf offene Fragen	41
5	<u>Das Ende des Politikers H Mu</u> Neues Kapitel in der Geschichte Barkas Von Inge Deutschkron	33
6	<u>Die "Windrose"-Schulze</u> Genug des grausamen Spiels !	29

* * * * *
* * *

Die "Sternstunde" des Franz Josef Strauss

Wilshofen

sp - Wenn Bayerns CSU-Elite am Aschermittwoch in Wilshofen zusammenkommt, um sich vor den Strapazen des Faschings zu erholen, ereignet sich meist etwas sehr Interessantes. In früheren Jahren erfreute man sich an der Feststellung, dass der Bolschewismus die ganze Welt erobern wolle. In diesem Jahre hörte man ganz andere Töne.

Der Franz Josef Strauss, offenbar verächtlich gestimmt, meinte treuherzig, der deutsch-sowjetische Ausgleich müsse sich bei gegenseitigen guten Willen und Vernunft auf beiden Seiten erreichen lassen. Aufgabe der deutschen Politik sei es, auf die Sternstunde eines guten Ost-West-Gesprächs zu warten. Die Bemerkung, der bundesrepublikanische Botschafter in Moskau, Herr Kroll, verfolge mit seinen Bemühungen ohne Zweifel ein gutes Ziel, liess manchen braven Parteifreund des Franz Josef den Maßkrug auf halbem Wege vom Tisch zur Munde anhalten.

Die CSU-Männer mussten auch zur Kenntnis nehmen, dass die deutsche Polen-Politik der Vergangenheit falsch gewesen sei. Ob Herr Strauss bei dieser Gelegenheit an den von Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer kürzlich rehabilitierten früheren Vertriebenenminister Oberländer gedacht haben mag, entzieht sich unserer Kenntnis.

Wo aber kommt dieser neue Strauss-Wind her? Hat der Bundesverteidigungsminister zufällig gehört, dass es nicht mehr aktuell sei, frische-fröhliche Vernichtungspläne kundzutun? Oder ist ihm plötzlich eingefallen, dass es auch noch andere Dinge in dieser Welt gibt, als das Ressort-Denken eines Verteidigungsministers?

Sicher wird Herr Franz Josef Strauss bei der kommenden Etatberatung im Bundestag Gelegenheit haben, seine Aschermittwoch-Gedanken von Wilshofen deutlicher darzustellen. Und vielleicht ist er auch bereit, sowjetischen oder russischen Journalisten Zutritt zu seinem Ministerzimmer zu gewähren, nachdem er im Spiegel-Vergleich erklärt hat, dass er auch noch ganz andere Leute empfangen müsse.

Die politische Wandlungsfähigkeit des Franz Josef Strauss ist erstaunlich gross. Man wird sie sorgfältig analysieren müssen, um nicht vor neuer Überraschungen gestellt zu werden, mit denen nach dieser Wilshofen-Rede zu rechnen ist.

Mauer und Menschenrechte

Von Bruno Küster, Genf

"Die grossen Mauern der Vergangenheit wurden gebaut, um Eindringlinge und Barbaren zurückzuwerfen. Die Berliner Mauer ist einzig in ihrer Art, weil mit ihrer Errichtung bezweckt wurde, den hinter ihr lebenden Menschen den Weg in die Freiheit zu verbauen", schreibt Sir Leslie MURRO im Vorwort zur neuesten Untersuchung der Internationalen Juristen-Kommission über "Die Berliner Mauer". Der Wert dieser Veröffentlichung besteht darin, dass sie die bekannten Ereignisse des 13. August 1961 von der sicheren Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, die auch teilweise in der Verfassung der DDR eine papierene Widerspiegelung finden, aus beurteilt. Es geht der Kommission nicht um eine politische Stellungnahme, sondern um die Verteidigung der Grundrechte, wo auch immer sie missachtet werden.

"DDR"-Quellen

Der Bericht stützt sich auf die offiziellen Quellen der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik. Ihre Verfassung gewährleistet die Freizügigkeit innerhalb der "DDR" und die Freiheit der Auswanderung. In Wirklichkeit stellt die Errichtung der Mauer jedoch lediglich den letzten Akt in einer Reihe gesetzgeberischer und polizeilicher Massnahmen dar, die eine vollständige V e r n e i n u n g dieses wahrhaft elementaren Freiheitsrechtes bedeuten. Wer in Ungeltung der praktisch unüberwindlichen Passvorschriften die "DDR" verlässt, macht sich der "Republikflucht" schuldig, die mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft wird. Auch der Versuch ist strafbar. Wer jemanden zum Verlassen des Landes ermutigt oder dabei behilflich ist, macht sich der Abwerbung schuldig, die mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren geahndet wird.

Permanenter Verfassungsruck

Die von der Verfassung garantierte Freizügigkeit wurde schon 1952 durch die Anlage eines Sperrgebietes in der Tiefe von fünf Kilometern entlang der 1381 km langen Westgrenze verletzt, die mit zahlreichen

Zwangs-evakuierungen verbunden war. Durch Errichtung der Mauer wurde auch Berlin in das System des Sperrgebietes mit allen dazugehörigen Folgen für die Bevölkerung einbezogen.

Wenige Tage nach dem 13. August gingen die ostdeutschen Justizbehörden mit der "Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung" einen entscheidenden Schritt weiter. Danach können Personen nicht nur aus der Grenzzone, sondern aus beliebigen anderen Orten und Gebieten wegweisen werden; die Behörden können den Staatsbürgern Zwangsaufenthalte anweisen und sie auch verpflichtet, eine bestimmte Arbeit zu verrichten. Auch gegenüber "Arbeitslosen" können sie die "Arbeitserziehung" anordnen. Damit verfügen sie - in Verletzung der eigenen Verfassung - über alle Errungenschaften des stalinistischen Terrorregimes.

Witze ist Straftat

Mit besonderer Härte wird seit dem 13. August auch die freie Meinungsäußerung unterdrückt, obwohl es in dieser Beziehung nicht nötig war, neue Gesetze zu erlassen. Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten wird beispielsweise bestraft, "wer gegen die Arbeiter- und Bauernmacht ketzelt"; mit Gefängnis bis zu zwei Jahren, in schweren Fällen mit Zuchthaus, wer einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit öffentlich verleumdete oder verächtlich macht". Das Erzählen politischer Witze reicht zur Erfüllung des Straftatbestandes völlig aus. Besitz und Verbreitung westlicher Zeitungen und Zeitschriften sind verboten. Gegen Radfahrer und Fernseher, die westliche Sender verfolgen, wird gesetzlich eingeschritten, sofern Drittpersonen zum Gemeinschaftsmpfang eingeladen werden. Die fehlenden Rechtsgrundlagen zur Unterdrückung westlicher Fernsehsendungen ersetzt die Freie Deutsche Jugend bekanntlich durch Zerstörung der Fernsehantennen.

Die Beseitigung der elementaren Freiheitsrechte wird nicht mit einem wirklichen oder angeblichen Iststand begründet, sondern als "Weiterentwicklung des sozialistischen Rechts" hingestellt, wodurch die Rechtslosigkeit zur Infamie wird.

Schleswig-Holstein wählt seine Kommunalparlamente

Am kommenden Sonntag finden in Schleswig-Holstein Kreis- und Gemeindevahlen statt. Rund 1,62 Millionen Wahlberechtigte haben über die politische Zusammensetzung der Kommunalparlamente von Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster sowie der 17 Landkreise und der 1.340 kleinen Städte, Gemeinden und Dörfer zu entscheiden. Der Wahlkampf verlief ruhig und ohne besondere Höhepunkte. Er stand im Schatten der Sturmflutkatastrophe vom 17. Februar. Es handelt sich am 11. März um eine Wiederholung der Kommunalwahl vom 25. Oktober 1959, nachdem das Bundesverfassungsgericht ein neues Wahlgesetz mit grösseren Chancen für Splittergruppen und Einzelbewerber gefordert und vom Landtag in Kiel erhalten hatte. Die fünf grossen Fragen dieser Wahl lauten:

1. Wie geht der Wettlauf zwischen den beiden grossen Parteien, den Christlichen Demokraten und der Sozialdemokraten, diesmal aus? Wird es der SPD zum ersten Mal seit 1954 wieder gelingen, die CDU zu überrunden und damit stärkste Partei im Lande zu werden?

2. Wie werden die Wähler die Haltung der Freien Demokraten in der Bundespolitik nach dem 17. September letzten Jahres honorieren? Wird es dieser Partei möglich sein, den bisher grössten Stimmenanteil im nördlichen Bundesland von 13,8 Prozent am 17. September annähernd zu halten?

3. Hat die Gesamtdeutsche Partei die Fision aus DP und BHE im ehemaligen Vertriebenenland Schleswig-Holstein noch eine Chance oder wird sie noch unter die 3,9 Prozent zurückfallen, die sie als bisher tiefster Stand am 17. September gerade erreichte?

4. Wie wird die Entwicklung mit der einzigen Partei einer nationalen Minderheit im Bundesgebiet, mit dem dänisch orientierten Südschleswigschen Wählerverband weitergehen, dessen Stimmanteil von 1947 bis 1961 von 9,3 Prozent auf 1,9 Prozent zurückging?

5. Was halten die Wähler von den kleinen Dorfparteiern, Splittergruppen und einigen Einzelbewerbern, die diesmal wieder mit grösseren Chancen versehen, aber in geringerer Zahl auftreten?

Im allgemeinen rechnet man in Schleswig-Holstein damit, dass eine Wahlbeteiligung von 75 Prozent erreicht wird, so dass also 1,2 Millionen Wähler über die rund 17.000 Kandidaten zu entscheiden hätten. Dabei wird sich das Interesse vor allem auf den Stimmenkampf in den vier grossen Städten und den 17 Landkreisen konzentrieren.

Bei der letzten Kommunalwahl im Oktober 1959 entfielen auf die CDU 39,9, auf die SPD 36,8 und auf die FDP 8,8 Prozent. Diese drei Parteien, die - abgesehen vom Südschleswigschen Wählerverband - wohl sicher wieder in das neue Landesparlament einzziehen werden, haben im Norden schon im September über eine neue Landesregierung zu entscheiden. Der 11. März am Sonntag ist der Test dafür.

+ + +

Das Ende des Politikers U Nu

Von Inge Deutschkron

Als U Nu 1957 den Sozialisten im Antifaschistischen Volksfreiheitsbund, der nationalen Freiheitsbewegung Burmas, und ihren Ideen nicht mehr folgen gewillt war, kam es zur Spaltung dieser alles beherrschenden Kraft im Lande. Das geschah im Zuge der Entwicklung dieser nationalen Bewegung zur politischen Partei. Für U Nu begann damit das letzte Stadium als Politiker, das jetzt sein Ende gefunden zu haben scheint.

Gestürzter Nationalheld

Die Herrschaft über das Land war ihm schon kurz nach der Spaltung der Bewegung aus der Hand geglitten und er hatte die Armee zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung um Übernahme der Macht bitten müssen. Wenn U Nu trotzdem nach der Wiederherstellung der Demokratie durch die Armee die Wahlen vom Februar 1960 mit seinen neu gegründeten "Reinen" Volksfreiheitsbund gewann, so war dies lediglich seiner Popularität zuzuschreiben, die dem eines Nationalhelden gleicht. Er verdankt diese Stellung nicht zuletzt der Tatsache, dass er ein praktizierender Buddhist ist und seine politischen Aktionen stets mit religiösen Begründungen verzierte. Dies verfehlte seine Wirkung auf das burmesische Volk nicht, von dem 86 Prozent dem Buddhismus anhängen. Das Volk gab ihm ein neues Mandat, obwohl er in die Führung seiner Partei Männer berief, die kurz zuvor Gefängnisstrafen wegen Korruption abgeessen hatten. Zur Erhaltung seiner Macht zeigte er auch seine Bereitschaft, mit den Kommunisten zu paktieren, jenen Kräften also, die in den ersten Jahren nach der Befreiung Burmas maßgeblich für den zerstörerischen Guerilla-Krieg verantwortlich waren.

Zunächst Herrschaft der Militärs

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes wuchsen. U Nu aber hatte kein Rezept der Abhilfe dafür. Nach einmal war Burma jetzt vom Chaos bedroht, von dem allein die von U Nu rehabilitierten Kommunisten profitieren konnten. Die Armee hat darum dieses Mal nicht abgewartet, bis die Situation in ein Stadium getreten war, in der U Nu nur noch sie oder die Kommunisten um Hilfe anfragen konnte. Sie haben von sich aus gekandelt. Mit der neuerlichen unblutigen Übernahme der Macht aber ist klar, dass die Armee nicht wieder bereit sein wird, die Regierung so schnell aus den Händen zu legen wie das letzte Mal.

8. März 1962

Die "Windrose"-Schulze!

sp - Die "Windrosen-Reporter"-Serie des Television-Produzenten Peter von Zahn, die seit Monaten allmontaglich die deutschen Fernseher strapaziert, ist inzwischen im Thema und in der Darstellung auf einem Niveau angelangt, das schon eine Beleidigung des Zuschauers und Hörers darstellt. Die aus offenkundiger Verlegenheit herausgepresste Schamlosigkeit, mit der Peter von Zahn, inzwischen auch noch Alleinunterhalter geworden, sein Söll abstottert, macht die Sache noch peinlicher. Dazu kommt, was am Beispiel der letzten Sendung von der "Jeunesse Dorée" zu beweisen ist, eine unglaubliche Missachtung und Verabberung des deutschen Fernsehpublikums, dem ein 40jähriger amerikanischer Hausboot-Verkäufer als Prototyp der "goldenen Jugend" Amerikas vorgesetzt wird und dass es sich gefallen lassen muss, harmlose österreichische Skilehrer in diese Sendung hineingezogen zu sehen, nur weil sie auf der Skipiste und am Tanzboden mit Skihasern in berufsmässigen Kontakt kommen, und von denen einfach behauptet wird, sie repräsentierten die "goldene Jugend" des Alpenlandes. Der hingefetzte Abstecker nach Beirut und die läppischen Bemerkungen über die "Enkelin des kaiserlichen Leibarztes", die trotz ihrer Vorliebe für die Gebräuche und Produkte des europäischen und amerikanischen Auslandes doch tatsächlich "nicht in der Gasse erdet", das alles ist rundheraus gesagt zuviel.

Wenn die Einkäufer des Deutschen Fernsehens nicht in der Lage sind, bei ihrem in den USA so schnellproduzierenden Lieferanten eine grundlegende und sofortige Verbesserung der Qualität seiner Ware zu erreichen, dann sollten sie ebenso rasch die kostbare Sendezeit am Montagabend für Sendungen freimachen, die inhalts- und darstellungsmässig so wertvoll sind, dass sie in einem angemessenen Verhältnis zu den finanziellen Aufwendungen stehen. Die Peter von Zahn-Schulze der unglückseligen "Reporter der Windrose" aber sollte nicht mehr das allmontägliche Ärgernis der Millionen deutscher Fernseher sein. Die Grenze des Zulässigen und Zumutbaren ist hier schon lange überschritten!

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel